



Pressemitteilung

Ansbach, 31. Januar 2012

BI plant Mahnwache vor Treffen der Oberbürgermeister mit der Armeeführung am 02.02.
IHK-Gutachten: Bedeutung der US-Militärpräsenz als Wirtschaftsfaktor viel geringer als vermutet
Vorfall mit Lastenabsturz von Hubschrauber: US-Armee verweigert bislang Stellungnahme

Für Donnerstag, 02. Februar 2012, 16.00 Uhr, hat die US-Armeeführung in Europa die Oberbürgermeister von Ansbach, Bamberg und Schweinfurt in die Militärbasis Katterbach „einbestellt“, wie Medien berichten, um die Auswirkungen der derzeitigen Abzugspläne auf die genannten Städte zu thematisieren. Die Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ wird im Vorfeld ab 15.30 Uhr bis etwa 16.00 Uhr die Verhandlungspartner mit einer Mahnwache für eine Abzugsperspektive der Kampfhubschrauber und für eine zivile Zukunft Ansbachs begrüßen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sind hierzu herzlich eingeladen. „Wir erwarten, dass OB Seidel im Rahmen des Treffens auch deutlich macht, dass unerträgliche Fluglärm- und Abgasbelastung infolge von Form und Ausmaß der Stationierung mit dem Erhalt der Lebensqualität in der Region nicht vereinbar sind“, erklärte der BI-Vorstand.

Derweil hat die Industrie- und Handelskammer (IHK) Unterfranken in einer aktuellen Studie am Beispiel der Stadt Schweinfurt nachgewiesen, dass die von manchen Stationierungsbefürwortern ins Feld geführte Wirtschaftskraft der US-Armee viel geringer ist als bisher vermutet (siehe <http://www.br.de/franken/inhalt/aktuelles-aus-franken/truppenabzug-us-armee-franken100.html>, zweites Video von oben). Demnach liegt in Schweinfurt, wo im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ähnlich viel Militär stationiert ist wie in Ansbach, der Anteil des Umsatzes der Soldaten zuzüglich deren Angehörigen und Zivilangestellten unter einem Prozent, gemessen am Einzelhandelsumsatz der Stadt, berichtet IHK-Sprecher Jürgen Bode. Über 90% aller seitens US-Militärangehörigen konsumierten Güter und Dienstleistungen werden laut IHK-Studie in Einrichtungen innerhalb der Kasernenanlagen -steuerfrei- nachgefragt.

Die Ergebnisse des IHK-Gutachtens untermauern den Standpunkt der BI, wonach die zivile Umnutzung von US-Militärbasen mittel- und langfristig zu mehr Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen für die betroffenen Kommunen führt.

Mit Blick auf den Absturz von angehängten Lasten von einem Kampfhubschrauber am 12. Januar 2012 unweit des Ortsrandes des Ansbacher Stadtteils Untereichenbach hat die US-Armee laut Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) auch knapp drei Wochen nach dem Vorfall keine Stellungnahme abgegeben. Ob das BAF ein Verfahren einleitet sei daher weiter offen. Der BI-Vorstand forderte das US-Militär auf, für mehr Transparenz gegenüber den Aufsichtsbehörden zu sorgen und unverzüglich Stellung zu dem Unfall zu nehmen, bei dem nur durch Glück keine Menschen oder Sachwerte zu Schaden kamen. Als unwahr bezeichnete die BI Aussagen der US-Hauptquartiers in Heidelberg gegenüber der *Fränkischen Landeszeitung* am 20. Januar 2012, wonach Wohngebiete angeblich „so gut wie nicht überflogen“ werden würden. Das Gegenteil ist der Fall: Es existieren in der Region bislang keinerlei rechtliche Beschränkungen zum Schutz der Wohngebiete vor Überflügen der Helikopter.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher